

Die Marburger SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Stadtverband Marburg

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

15.06.2010

Land zerstört Infrastruktur und Lebensqualität – Marburg wird abgehängt SPD: Wegfall des Arbeitsgerichts zeigt Bürgerferne der Landesregierung. Botanischer Garten muss erhalten bleiben. Das Land darf sich nicht aus der Verantwortung stellen.

"Scheibchenweise wird deutlich, was die desaströse Finanzpolitik der CDU-FDP-Landesregierung bedeutet: Zerstörung von Infrastruktur und Lebensqualität, Beeinträchtigungen für Bürgerinnen und Bürger, Missachtung ehrenamtlichen Engagements". So bewertete der Vorsitzende der Marburger SPD, Steffen Rink, die heute angekündigte Schließung des Marburger Arbeitsgerichts und die seit Tagen diskutierten "Rückbauszenarien" des Botanischen Gartens auf den Lahnbergen.

Arbeitsgericht: Der Wegfall des Arbeitsgerichts in Marburg sei aber nicht nur ein Ausdruck von Bürgerferne und Abkehr von Grundsätzen der Justiz, so Rink. "Die Erreichbarkeit von Gerichten, insbesondere im Sozial- und Arbeitsbereich, ist ein hohes Gut. Jetzt müssen die Menschen aus Frankenberg oder Ziegenhain, für die das Marburger Arbeitsgericht zuständig ist, teilweise Anfahrtswege von über 80 Kilometern in Kauf nehmen, um an Verhandlungen teilzunehmen und ihre Rechte geltend zu machen. Das ist unverantwortlich." Mit dem Wegfall des Gerichtsstandorts Marburg werde zudem die Funktion der Universitätsstadt als Oberzentrum geschwächt, führt Rink weiter aus. Bereits in den letzten Jahren wurden Landesbehörden entzogen. Die heutige Entscheidung ist ein weiterer Schritt in eine ungute Richtung. "Die FDP muss sich fragen lassen, wie viel ihre liberalen, rechtsstaatlichen Grundsätze noch Wert sind. Minister Hahn definiert die Begriffe 'sozialverträglich' und 'verantwortungsvoll' in Abhängigkeit von Kassenlage und Steuergeschenken an Hoteliers und Besserverdienende." Damit nimmt Rink Bezug auf die gestrige Ankündigung des Ministers, man werde "verantwortungsvoll, sozialverträglich und intelligent" sparen. "Die Intelligenz der Entscheidung verschließt sich jedem neutralen Beobachter." Der SPD-Vorsitzende bedauerte in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass sich das Ministerium in den vergangenen Wochen keinem der Argumente, die von Richter- und Anwaltsverbänden sowie aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften unter anderem über das Marburger Aktionsbündnis vorgetragen wurden, zugänglich gezeigt habe.

"Ich bin darüber hinaus gespannt, wenn die Runde der Schließung von Amtsgerichten kommt, die ebenfalls auf der Agenda des Justizministeriums steht. Dann wird der gesamte Kahlschlag offensichtlich."

Botanischer Garten: Zum Botanischen Garten erklärte der Vorsitzende der Marburger Sozialdemokraten: "Eine Universität, wie sie in ihren Gründungszeiten einmal als universale Bildungseinrichtung gedacht war, hat nicht nur die Aufgabe von Forschung und Lehre. So sehr man die

Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de



Zwangslage der Marburger Universitätsleitung anerkennen muss: Eine Universität hat auch Infrastrukturaufgaben und eine allgemeine gesellschaftliche Bedeutung. Nicht ohne Grund sei etwa die Universitätsbibliothek auch allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich. Mit dem Botanischen Garten ist das ganz genauso. Der Botanische Garten hat zudem in den letzten Jahren Dank des Einsatzes der Leitung und der Universitätsmitarbeiter sowie und von Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren, deutlich an Attraktivität gewonnen und ist zu einem beliebten Ausflugsziel und angesehenen außerschulischen Lernort geworden ist." Ganz abgesehen von den Artenschutz-Verpflichtungen im Bereich der Botanik sei der Garten deshalb ein auch Aushängeschild der Universität. "Der Garten ist ein Symbol der Öffnung und Kooperation von Universität mit der Öffentlichkeit. Wenn die Zahl von Besuchergruppen, Bildungsangeboten und kulturellen Veranstaltungen kontinuierlich zunehme, dürfe es nicht sein, dass das Land wegen der Kürzung der Mittel alle diese Qualitäten des Botanischen Gartens in den Wind schreibe und das Engagement vieler Menschen schlicht ignoriere. "Was im Botanischen Garten geleistet wird, ist vorbildhaft. Nicht umsonst habe es zahlreiche Auszeichnungen gegeben", erinnert Rink.

Es greife deshalb zu kurz, wenn man die Auffassung vertritt, dass die öffentlichen Bereiche des Gartens nichts mit den Aufgaben der Universität zu tun haben. "Das Land darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen", erklärt daher die Marburger SPD. Die Stadt habe im Übrigen schon viel dazu beigetragen, den Botanischen Garten attraktiv zu halten. Rink macht noch auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: "Ich frage mich beispielsweise, was mit dem Beschäftigungsprojekt der JUKO Marburg e. V. passiert, wenn der Garten für die Öffentlichkeit geschlossen wird." Die JUKO betreibt das Bistro "Petite Fleur" und führt Menschen an den Arbeitsmarkt heran und bildet dort zur Fachkraft im Gastgewerbe aus.

"Ich würde mich freuen, wenn die rot-grüne Koalition heute den Beschluss fassen kann, mit einer einmaligen, zusätzlichen Leistung an den Förderverein des Botanischen Gartens das Erreichte zunächst zu sichern und alle Beteiligten intensiv nach zielführenden Lösungen suchen. Eine solche Lösung dürfe aber nicht heißen, dass der Botanische Garten seine Bestände verringert, die Öffentlichkeit ausschließt und damit ein Stück Lebensqualität, innovative Bildungsangebote und kulturelle Bereicherung weggenommen wird. Dabei muss aber allen klar sein, dass die Stadt Marburg nicht für die dauerhafte Finanzierung sorgen kann, denn die Stadt kann nicht dort einspringen, wo sich das Land Hessen zurückzieht, denn: die Verantwortung für das, was gerade passiert, liegt in Wiesbaden", stellte der SPD-Vorsitzende abschließend noch einmal fest.

